

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 26/23-27) des Beirates Neustadt am Donnerstag, den 09.04.2026,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:35 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer	Vibke Martens	Martina Tallgauer-Bolte
Anita Ipach	Anke Maurer	Renee Wagner (ab 19:10 Uhr bis 21:27 Uhr)
Christian Kok	Johannes Osterkamp	
Lars Köke	Azalea Rahman	
Gabriele Mahro (bis 21:17 Uhr)	Udo Schmitz	

Fehlend: Janne Müller (e), Britta Schmidt (e), Kai Stührenberg (e), Colin Nolte

Referent:innen: Herr Stoessel und Frau Krug (Stabstelle Ausbauplanung Schule)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Es liegt ein Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung um TOP 8 e) vor „Initiativantrag des Beirates Neustadt zum SummerSounds Festival 2026“.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung inklusive der vorgeschlagenen Erweiterung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

Aus aktuellem Anlass berichten die anwesenden Polizeivertreter Herr Kühnemund und Herr Dreyer zur Sicherheitslage in der Neustadt, insbesondere mit Blick auf die Schusswaffenvorfälle der vergangenen Wochen. Sie erläutern, dass die fünf Vorfälle im März zu einem erhöhten Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung geführt und intensive polizeiliche Maßnahmen ausgelöst hätten, darunter die Einrichtung eines anonymen Hinweisportals sowie der SOKO Fokus. Die Ermittlungen würden mit Hochdruck geführt, aktuell liefen zwei Fahndungen. Ausdrücklich betont wird, dass es sich bei den Vorfällen nicht um Zufallstaten, sondern um Beziehungstaten handele. Parallel dazu sei die Präsenz im Stadtteil durch Unterstützung der Bereitschaftspolizei erhöht worden. Darüber hinaus bieten Herr Kühnemund und Herr Dreyer an, dem Beirat zu einem späteren Zeitpunkt auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) umfassend über die Kriminalitätsentwicklung zu berichten. Vorab teilen sie mit, dass insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen sei und damit grundsätzlich kein Grund zur Beunruhigung bestehe.

Ein Beiratsmitglied der SPD-Fraktion bestätigt die erhöhte Polizeipräsenz im Bereich Huckelriede und das dadurch gesteigerte Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Auf Nachfrage des BS versichert Herr Dreyer abschließend, dass die verstärkten Kontrollen im Stadtteil weiterhin fortgeführt werden.

Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- Ein Bürger moniert, dass die Linie 14 als Ost-West-Verbindung eingestellt werde, und erkundigt sich zudem nach dem Anteil der freigegebenen Gelder für die Drogenhilfestrategie, die der Neustadt zugutekommen sollen. Die OAL verweist hierzu an den folgenden Bericht des Beiratssprechers.
- Ein Anwohner vom Stadtwerder beschwert sich über die Lärmbelästigung, die vom White Pearl Beach Club über die Sommermonate ausgehe. Die Musik sei häufig weit nach 22 Uhr noch deutlich zu hören und betreffe neben ihm viele weitere Anwohnende. Mehrfache Kontaktaufnahmen zum Betreiber hätten keine Abhilfe geschaffen; auch der Ordnungsdienst und die Polizei seien bislang

nicht eingeschritten. Er habe daraufhin einen Fachanwalt eingeschaltet, der sich bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) nach den Auflagen und Genehmigungen des Clubs erkundigt habe. Seit über einem halben Jahr warte er auf eine Antwort der Behörde. Er trägt das Anliegen vor, um gegebenenfalls Unterstützung seitens des Beirates zu erhalten. Die OAL bittet den Bürger, seine Kontaktdaten ans Ortsamt zu übermitteln und erklärt, dass der Vorgang dem OA bekannt sei und SBMS im Gespräch mit den Beteiligten sei.

- Eine Bürgerin wünscht sich Beleuchtung beim Fahrradständer an der Haltestelle Huckelriede, da die bestehenden Abstellmöglichkeiten an ungünstigen Stellen verortet und schlecht sichtbar seien. Die OAL sagt zu, diesbezüglich Kontakt zum Amt für Straßen und Verkehr (ASV) aufzunehmen und den Vorgang im Fachausschuss für Mobilität und Stadtentwicklung zu besprechen.

Berichte der Beiratssprecher

- Der BS berichtet von der Aufstockung der Mittel aus der Drogenhilfestrategie. Viele der damit finanzierten Maßnahmen gingen auf Initiativen des Beirates zurück, so etwa die Neustadtläufer:innen, deren Finanzierung für das laufende und das kommende Jahr gesichert sei. Darüber hinaus würden die Sozialarbeiterstellen im Hohentorspark aufgestockt und erhielten voraussichtlich Büroräume in der Neustadt. Aus der Vorlage gehe zudem hervor, dass die dezentralen Angebote insgesamt verstärkt werden sollen. Weiterhin stehen Mittel in 2026 und 2027 für die Herstellung und Verstetigung eines Stadtteilberatungsangebots zur Verfügung.
- Der BS weist darauf hin, dass in Kürze die dritte Planungskonferenz zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) stattfinden werde. Belastbare Aussagen zu einer möglichen Ergänzung der Angebote seien erst im Anschluss daran möglich.
- Der BS berichtet, dass die Bürger:innenbeteiligung zur Umbenennung der Langemarckstraße ein voller Erfolg gewesen sei. Nach einem schwierigen Auftakt habe sich ein konstruktiver Austausch entwickelt. Er weist auf die zweite Veranstaltung am 23.04. hin, die allen offenstehe, die beim ersten Termin verhindert waren, und lädt herzlich zur Teilnahme ein.
- Abschließend freut sich der BS über die bevorstehende Öffnung der Bürgermeister-Smidt-Brücke für den ÖPNV ab dem 13. April, die nach 18 Monaten Unterbrechung eine deutliche Verbesserung der ÖPNV Anbindung des Stadtteils bedeute.

Berichte des Amtes

- Die OAL verkündet den Beschluss des Beirates Neustadt zur [„Sicherstellung des Streetworkangebotes am Hohentorspark“](#), der aus zeitlichen Gründen in der Zwischenzeit im Umlaufverfahren gefasst worden ist. (14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme).
- Die OAL verkündet die Rücktritte der Beiratsmitglieder Marcus Tödtheide (CDU) und Marlin Meier (B90/Die Grünen). Da die Liste der CDU erschöpft ist, wird hier keine Nachbesetzung erfolgen. Die Nachbesetzung des Beiratsmandates von Marlin Maier befindet sich im Verfahren.

TOP 3. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

- Ein Mitglied des Regionalausschusses berichtet von der Sitzung am 19.03. An der Sitzung haben die Geschäftsführerin und der Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung teilgenommen. Seitens der Gesundheit Nord (GeNo) sei die Aussage bekräftigt worden, dass am Standort weiterhin ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) geplant sei — nicht in kommunaler Trägerschaft, jedoch unter kommunaler Führung. Der Umzug des Klinikums Links der Weser (KLDW) an das Klinikum Bremen-Mitte sei weiterhin für Ende 2029 vorgesehen. Das Mitglied informiert den Beirat darüber, dass aktuell ein Volksbegehren vorbereitet werde, das die Verlagerung des KLDW verhindern wolle. Ziel der Initiative sei es, ein Volksbegehren im Rahmen der nächsten Wahl herbeizuführen. Die GeNo-Geschäftsführung habe hierzu geäußert, dass ein erfolgreiches Volksbegehren nicht zu einer Ver-

besserung der ambulanten Versorgung führen würde; zudem sei dann eine kostenintensive Sanierung des Bestandsgebäudes erforderlich. Der Regionalausschuss soll seine Arbeit bis März 2027 fortführen.

TOP 4. Schulstandort Delmestraße: Bericht zur aktuellen Situation und zum Gesamtkonzept

Herr Stoessel (Stabsstelle Ausbauplanung Schule, Senatorin für Kinder und Bildung) erläutert den aktuellen Planungsstand zum Schulstandort Delmestraße. Er schildert, dass der Transformationsprozess am Standort vor ca. ein drei Viertel Jahren eingeleitet worden sei: Die berufliche Bildung (Inge Katz Schule) verlasse den Standort schrittweise, um Platz für allgemeinbildende Schulen (Grundschule und Oberschule Delmestraße) zu schaffen. Weiterhin befindet sich noch eine Kita auf dem Gelände. Für das kommende Schuljahr liefen die Planungen, Herrichtungsarbeiten fänden derzeit statt. Der Auszug der Inge-Katz-Schule erfolge in mehreren Etappen; der vollständige Auszug vom Standort sei für das Schuljahr 2026/27 vorgesehen. Das Vorgehen sei angesichts der Rahmenbedingungen zwingend schrittweise. Ursprünglich sei lediglich eine dreizügige Oberschule vorgesehen gewesen, aufgrund gestiegener Schülerzahlen im Planbezirk sei nun eine Fünfüzügigkeit erforderlich. Hinzu komme, dass ursprünglich keine Grundschule am Standort geplant gewesen sei, was die Anforderungen weiter erhöhe. Insgesamt stelle die Transformation bei laufendem Betrieb eine erhebliche Herausforderung dar. Man arbeite mit Hochdruck an der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes. Die OAL bittet um eine schriftliche Ergänzung zum mündlichen Vortrag, was Herr Stoessel zusagt.

Ein Beiratsmitglied der Fraktion DIE LINKE äußert Entsetzen über den dargestellten Stand. Die Probleme seien seit Jahren bekannt; die von Herrn Stoessel zugesagte Vorstellung eines Masterplans mit zeitlichen Festlegungen erst im Sommer 2026 sei viel zu spät.

Der BS schließt sich dem an und betont, dass die Situation der Inge-Katz-Schule seit Jahren in der Schwebe sei. Auch die Lage des Kindergartens und der Grundschule am Standort sei untragbar. Zeitschienen würden wiederholt nach hinten verschoben. Er fragt konkret, wann die Inge-Katz-Schule endgültig ausgezogen sein werde und wann der Masterplan vorliege, und erkundigt sich, ob das besondere pädagogische Konzept der neuen Oberschule bei der Planung berücksichtigt werde. Er äußert große Enttäuschung über den bisherigen Verlauf.

Herr Stoessel erläutert, dass zunächst die Fertigstellung der Räumlichkeiten am Brill habe abgewartet werden müssen, was die Planungen verzögert habe. Er hält fest, dass alle Raumbedarfe grundsätzlich gedeckt seien und die Gestaltung der Außenflächen Schritt für Schritt erfolge. Auf die Frage nach einem konkreteren Zeitplan antwortet Herr Stoessel, dass im Sommer die einzelnen Schritte im Detail erläutert werden sollen.

Eine Elternvertreterin der Inge-Katz-Schule äußert aus dem Publikum, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend seien. Alles werde im Konjunktiv kommuniziert — ein unhaltbarer Zustand für die rund 1.400 betroffenen Kinder, da ständig umdisponiert werden müsse. Eine Elternvertreterin der Oberschule Delmestraße schildert massive Schwierigkeiten: Entgegen der Darstellung seien nicht genügend Räume vorhanden. Oberschule und Grundschule rückten immer enger zusammen und müssten sich Fachräume teilen. Die Cafeteria werde im nächsten Jahr zu klein sein, der Schulhof biete keinerlei Spielmöglichkeiten. Der Schulverein habe daher die Initiative ergriffen und wenigstens einen Basketballkorb sowie eine Tischtennisplatte zur Verfügung gestellt. Durch die noch ausstehenden Umzüge würden weitere Schwierigkeiten erwartet.

Ein Beiratsmitglied der Fraktion DIE LINKE äußert die Sorge, dass erneut lediglich Optimismus verbreitet werde, ohne dass entsprechende Taten folgten, und fragt, ob personell oder finanziell nachgebessert werden müsse. Herr Stoessel antwortet, dass finanzielle Unterstützung stets hilfreich sei, der entscheidende Grund für Verzögerungen jedoch ein krankheitsbedingter Ausfall gewesen sei, der eine intensive Bearbeitung verhindert habe. An personellen Ressourcen mangle es derzeit nicht.

Hinsichtlich festgestellter Schadstoffauffälligkeiten erklärt Herr Stoessel, dass entsprechende Messungen durchgeführt worden seien und nun abgeschlossen seien. Eine Kommunikation der Ergebnisse habe erst im Anschluss an die abschließende Auswertung erfolgen können.

Die Vorsitzende der Deputation für Kinder und Bildung, Miriam Strunge (DIE LINKE), appelliert grundsätzlich für eine bessere und transparentere Kommunikation, um Unsicherheiten zu vermeiden. Sie zeigt Verständnis für die Schwierigkeiten angesichts gestiegener Schülerzahlen im Sekundarbereich I und fragt nach den Auswirkungen auf das Außengelände sowie nach den Sporthallenkapazitäten und dem Zeitpunkt, zu dem zusätzliche Aktivitätsmöglichkeiten entstehen. Abschließend appelliert sie an Immobilien Bremen für eine bessere Gesamtkoordination sowie an die Senatorin für Kinder und Bildung (SKB) für eine verbesserte Kommunikation mit der Elternschaft.

Die SPD-Fraktion regt an, bei der nächsten Vorstellung Immobilien Bremen einzuladen, um dem Beirat die baulichen und planerischen Dimensionen zu erläutern und offene räumliche Fragen zu klären.

Eine Elternvertreterin weist auf die Möglichkeit hin, Spielgeräte zu installieren, die nicht im Boden verankert werden müssen und daher kurzfristig angeschafft sowie bei Bedarf wieder abmontiert werden könnten.

Ein Mitglied des Vereins BTS Neustadt bedankt sich für die Unterstützung des Beirates bei der Förderung zur Sanierung der Sporthalle und hebt die hervorragende Kooperation zwischen Verein und Schule hervor.

Der BS bedankt sich für die Vorstellung und bittet um konkrete Ausführungen bei der nächsten Vorstellung nach den Sommerferien. Er schlägt vor, im Koordinierungsausschuss eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, mit der der Senat aufgefordert wird, den Campus Delmestraße (Kita, Grund- und Oberschule) für Fördermittel LuKIF 2 zu priorisieren, damit umfassende Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden können und auch Mittel zur Verfügung stehen, um das besondere Konzept der Oberschule auch baulich herstellen zu können.

TOP 5. Beschlussfassung zu: Lärmbeschwerden Freiluftpartys

Ein Beiratsmitglied der SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, in der Sache befangen zu sein und daher nicht an der Abstimmung teilzunehmen.

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion vor, der eingangs vorgestellt wird. Ein Beiratsmitglied der SPD erläutert, dass Freiluftpartys als kulturelle Errungenschaft ein berechtigtes Interesse darstellen, diesem jedoch gleichwertig die Ruhebedürfnisse der Anwohnenden gegenüberstünden.

Die Fraktion DIE LINKE betont, dass der öffentliche Raum bereits massiv durch Straßenverkehr und ähnliche Nutzungen in Anspruch genommen werde, und dass die Bedarfe junger Menschen dabei zu kurz kämen. Dies sei bei der Bewertung von Lärmbeschwerden zu berücksichtigen.

Der BS schließt sich diesen Ausführungen an. Er berichtet, dass es in der Vergangenheit lange Probleme mit illegalen Partys gegeben habe, seit dem Freiluftpartygesetz jedoch keine derartigen Probleme mehr aufgetreten seien und klare Regelungen hinsichtlich der Anmeldepflicht und dem Vorgehen bei Lärmbeschwerden bestünden. Die bisherige Praxis sei sowohl seitens der Veranstaltenden als auch seitens des Ordnungsdienstes nicht ideal gewesen. Bei anhaltender Beschwerdelage sei die Polizei gehalten, auf eine Herabstufung der Lautstärke hinzuwirken; als letztes Mittel könne eine Party aufgelöst werden. Eine Kollektivstrafe halte er nicht für den richtigen Weg. Angesichts der auf wenige Sommermonate begrenzten Beeinträchtigung hält er die Situation für die Anwohnenden für zumutbar.

Die SPD-Fraktion erklärt sich bereit, Punkt 3 des Beschlussvorschlags — die Einführung eines verpflichtenden Lärmprotokolls — zu streichen.

Die OAL regt an, die Abstimmung zu vertagen, um in der nächsten Beiratssitzung einen abgestimmten und mehrheitsfähigen Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellen zu können. Der Beirat einigt sich darauf, die Abstimmung zu vertagen.

TOP 6. Beschlussfassung zu: Verkehrsplanung Stadtstrecke (Bauabschnitt 4)

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Beschlussvorschlag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und FDP vor, der eingangs von einem Beiratsmitglied der Fraktion DIE LINKE vorgestellt wird.

Ein Vertreter des ADFC gibt zu Protokoll, dass die Premiumroute nicht über eine Rampe abgewickelt werden könne und die Deichschart unbedingt erhalten bleiben müsse.

Ein Bürger gibt zu bedenken, dass Rampen ein erhebliches Problem für Menschen mit Gehbehinderung sowie für Rollstuhl- und Rollatorennutzende darstellten.

Herr Krebs (Projektverantwortlicher, Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft) betont, dass die Rampe ohnehin noch weiterer Prüfung unterzogen werde. Er unterstreicht zudem, dass es sich beim Deich vorrangig um eine Küstenschutzanlage handele und ein Deichschart aus Sicht des Hochwasserschutzes stets ein Sicherheitsrisiko darstelle. Am Deichschart sei in der Prognose mit hohen Wasserständen vor den Deichscharttoren zu rechnen

Die Haltungen der Beiratsmitglieder spiegeln sich im nachfolgenden Beschluss wider.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bittet die Senatorin für Bauen, Mobilität und Stadtentwicklung und die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft zu der, dem Beirat in der Sitzung am 29. Januar durch die Projektgruppe Stadtstrecke vorgestellten Planung der Verkehrswege im Bereich Deichschart / Brücke Werdersee Stellung zu nehmen.

Insbesondere bitten wir um Ergänzung der Planungen unter den folgenden Gesichtspunkten:

- ...einer Bestandsaufnahme der derzeitigen und der nach Fertigstellung der Maßnahme dort zu erwartenden Fußgänger-, Radfahrer- und Rettungsfahrzeugverkehre
- ...der zu erwartenden Beanspruchung einer Überquerung des Deichs in Höhe Kirchweg / Rewe.

Hier muss aus unserer Sicht die Gestaltung der Rampe ein sicheres und halbwegs komfortables Auf- und Absteigen der vielen und verschiedensten (Rad, Fuß, Lastenrad, Rollstuhl), noch zunehmenden Verkehrsteilnehmer gerecht werden.

- ...der zu erwartenden Beanspruchung der Deichschartbrücke

Hier braucht es aus unserer Sicht verkehrsberuhigende Maßnahmen, damit der Radverkehr in den (Kreuzungs-) Bereichen an und auf der Brücke, rücksichtsvoll dem Fußverkehr gegenüber fährt (Piktogramme, leichte, barrierefreie Schwellen, ...).

- ...der zu erwartenden Beanspruchung der Zuwegung an der Haltestelle Rosenpfad

- ...der Folgen der ersatzlosen Schließung des Deichschart für die zu erwartenden Fußgänger-, Radfahrer- und Rettungsfahrzeugverkehre.

„Für einen Ersatzneubau eines Deichscharts wären Mittel in Höhe von 635.000 € aufzubringen. Ein Deichschart wäre eine Entlastung der Rampe am Kirchweg/REWE und des schmalen Zugangs am Rosenpfad; die barrierefreieste Querung des Deichs. Ein Erhalt des Deichschart bedeutet nicht nur Kosten, sondern auch einen großen Nutzen.“

- ...der Folgen für die zu erwartenden Verkehre auf dem Buntentorsteinweg.

Auf dem Buntentorsteinweg besteht heute schon eine besondere Gefahrenlage mit vielen Unfällen (s. <https://unfallatlas.statistikportal.de/>). Bei noch steigendem Verkehrsaufkommen während der Baustelle für die Hochwasserschutzmaßnahmen ist die heutige Gestaltung erst recht inakzeptabel.

(einstimmig, bei einer Enthaltung)

TOP 7. Beschlussfassung zum Stadtteilbudget Verkehr: Reduzierung von Barrieren in der Gneisenaustraße

Zum [Beschluss des Beirates Neustadt vom 20.11.2025: "Barrieren in der Gneisenaustraße"](#) reduzieren" liegt eine Kostenschätzung des ASV vor. Die erforderlichen Mittel sollen daher aus dem Stadtteilbudget zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt bis zu 31.255,30 € aus dem Stadtteilbudget Verkehr zur Verfügung, um die Umsetzung seines Beschlusses vom 20.11.2025 „Barrieren in der Gneisenaustraße reduzieren“ zu finanzieren. (einstimmig)

TOP 8. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

- a) DRK Bremen e.V., „Ferienprogramme Freizi Neustadt 2026“, Antragssumme: 4.214,44 € (Nr. 20/2026)

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem DRK Bremen e.V. bis zu 4.214,44 € aus seinen Globalmitteln für Ferienprogramme des Freizi Neustadt 2026 zur Verfügung. (einstimmig)

- b) Kleingärtnerverein Neustadt Süd e.V., „Neugründung Anbau Vereinsheim“, Antragssumme: 7.036,00 € (Nr. 21/2026)

Auf Nachfrage von BM erklärt die Vereinsvertreterin, dass das Vereinsheim nicht öffentlich zugänglich sei. BM der Fraktion DIE LINKE und der Grünen äußern diesbezüglich kritische Bedenken, da es sich um öffentliche Gelder sowie eine sehr hohe Fördersumme handele.

Beschluss: Der Beirat Neustadt lehnt den Antrag „Neugründung Anbau Vereinsheim“ vom Kleingärtnerverein Neustadt Süd e.V. ab. (5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

- c) Offene Ateliers Bremen Neustadt e.V., „Offene Ateliers 2026“, Antragssumme: 1.185,28 € (Nr. 22/2026)

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Verein Offene Ateliers Bremen Neustadt e.V. bis zu 1.185,28 € aus seinen Globalmitteln für das Projekt „Offene Ateliers 2026“ zur Verfügung. (einstimmig)

- d) **Initiativantrag des Beirates Neustadt zum Gottfried-Menken-Markt**, Antragssumme: 500,00 € (Nr.23/2026)

Die Antragsteller berichten von ihren Aktivitäten zur Erhaltung und Verschönerung des Gottfried-Menken-Platzes, bei der regelmäßig auch Schulklassen beteiligt werden. Zudem monieren die Antragstellerinnen die zunehmende Vermüllung des Platzes. Es stünden zu wenige Müllbehälter zur Verfügung. Das Ortsamt wird diesbezüglich Kontakt zur Stadtreinigung aufnehmen

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt den engagierten Bürgerinnen bis zu 500,00 € aus seinen Globalmitteln für die Bepflanzung des Gottfried-Menken-Platzes zur Verfügung. (einstimmig)

- e) **Initiativantrag des Beirates Neustadt zum SummerSounds Festival 2026**, Antragssumme: 2.973,00 € (Nr.29/2026)

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt dem Neustadt Stadtteilmanagement e.V. bis zu 2.973,00 € aus seinen Globalmitteln für das SummerSounds Festival 2026 zur Verfügung. (einstimmig)

TOP 9. Verschiedenes

-

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokollführung